



Berlin, den 19. Januar 2012

Über die Schulleitung zur Weiterleitung an:

Regierender Bürgermeister von Berlin

Bildungssenatorin

Staatsekretär Bildung

Abgeordnetenhaus von Berlin

Migrationsbeauftragter

Qualitätsbeauftragte

Schwerbehindertenvertretung

Landesschulausschuss

Schulaufsicht

Bezirksbürgermeister Reinickendorf

Bezirksstadträtin Reinickendorf

Alle Fraktionen der BVV

Schulamt Reinickendorf

Schulrätin Reinickendorf

Schulpsychologie Reinickendorf

Leiterin der Jugendhilfe

Personalrat der Lehrer/innen

Frauenvertretung

Gewerkschaften

Presse

Sehr geehrte Damen und Herrn,

„Kinder abholen und mitnehmen“ und „Wir dürfen kein Kind zurücklassen“ - das sind die Schlagworte, die von den Bildungspolitikern gebetsmühlenartig wiederholt und als permanente Forderung an alle Berliner Lehrerinnen und Lehrer gestellt werden. Unabhängig von der nicht sehr glücklichen Wortwahl stehen wir, die Lehrerinnen und Lehrer der Hermann-Schulz-Grundschule, in vollem Umfang hinter den diesen Forderungen zugrundeliegenden Vorstellungen. Wir wissen, dass in der Grundschule die Basis für eine erfolgreiche Schullaufbahn und somit für eine vernünftige persönliche Entwicklung und letztlich für den Lebenserfolg der jetzigen Schülergeneration gelegt wird. Das legt uns eine hohe Verantwortung auf, der das gesamte Kollegium unserer Schule nach besten Kräften gerecht zu werden versucht.

Aber allein mit großem Engagement und dem steten täglichen Bemühen, die aktuellen Herausforderungen zu bewältigen, werden wir den Ansprüchen, denen wir uns von Seiten der Bildungspolitiker, der Bildungsverwaltung und nicht zuletzt der Eltern ausgesetzt sehen, nicht gerecht werden können.

Die aktuelle Entwicklung an unserer Schule und die offenkundige Untätigkeit der für uns zuständigen Stellen der Bildungsverwaltung zwingen uns, in dieser Form auf Umstände

aufmerksam zu machen, die uns alle bedrücken und unsere Arbeit in unzumutbarer Weise belasten.

Wir erlauben uns, zunächst einige grundlegende Probleme zu skizzieren, von denen unsere Schule betroffen ist. Sie befindet sich in einem sozial schwierigen Einzugsgebiet. Es ist geprägt von Hartz-IV-Empfängern, alleinerziehenden Elternteilen und sogenannten bildungsfernen Elternhäusern. Es ist eine allgemein bekannte Tatsache, dass Kinder aus diesem sozialen Umfeld einer besonderen Förderung bedürfen. Verhaltensauffällige Kinder, z.T. mit gravierenden Entwicklungsverzögerungen, sind in jeder unserer Klassen in nicht geringer Zahl vorhanden. Vor diesem Problem steht unsere Schule nicht allein. Das wissen wir, und wir können die sozialen Verhältnisse, die ursächlich dafür sind, nicht ändern. Aber zusätzlich zu diesen ohnehin schwerwiegenden Problemen sind neue Probleme hinzugekommen, bei deren Bewältigung wir uns alleingelassen fühlen.

Seit August 2011 stellen wir einen ständigen Zuzug von Familien aus dem südosteuropäischen Raum (Bulgarien, Rumänien, Griechenland) und z.T. auch aus Polen und der Tschechischen Republik fest. Bis zum 01. Dezember 2011 wurden uns 14 Kinder neu zugewiesen, die über keinerlei Deutschkenntnisse verfügten und trotz unserer Bemühungen bis heute auch nicht verfügen können. Bis heute sind es insgesamt schon 16 Kinder. In einer 1. Klasse sind rund 20% der Kinder ohne Deutschkenntnisse. Auch der begabteste Pädagoge kann unter dieser Voraussetzung keinen für alle Kinder zufriedenstellenden Unterricht durchführen. Die Konzentration der Unterrichtsbemühungen auf die Kinder ohne Deutschkenntnisse muss zwangsläufig zu einer Benachteiligung der übrigen Kinder führen. Dies wiederum hat - und das ist verständlich - großen Unmut bei den Eltern dieser Kinder zur Folge. Die Bildung einer Klassengemeinschaft wird durch die mangelnden Sprachkenntnisse zudem ungemein erschwert, und die Kinder aus Bulgarien, Rumänien, Griechenland und woher auch immer, sondern sich ab und bilden eigene Gemeinschaften. Dies kann man ihnen nicht einmal verdenken. Selbst wenn eine Klassengemeinschaft am Entstehen ist, wird sie durch ständig neu hinzukommende Schüler wieder stark beeinträchtigt.

Nicht wenige Lehrkräfte unseres Kollegiums fühlen sich durch diese Entwicklung überfordert und mit den vielfältigen Problemen alleingelassen. Allerdings nicht von der Schulleitung, die

alles in ihren Kräften stehende tut, die Situation zu meistern und Hilfe zu bekommen. Diese ist uns aber bisher versagt worden. So kann auch sie nicht verhindern, dass der Krankenstand zunimmt, die Belastungen der arbeitsfähigen Kolleginnen und Kollegen durch Mehrarbeit (notwendige Vertretungsstunden, um den Unterrichtsausfall möglichst gering zu halten) dadurch aber ebenfalls stark zunimmt und somit ein Teufelskreis in Gang gesetzt wird.

Eine vernünftige Zusammenarbeit mit Eltern ist sehr oft nicht möglich, da diese selber keine Deutschkenntnisse besitzen bzw. z.T. Analphabeten sind. Somit werden Termine nicht wahrgenommen, Telefonate scheitern an mangelnden Sprachkenntnissen. Kommunikation findet somit mit den für die Erziehung ihrer Kinder Hauptverantwortlichen nicht oder in viel zu geringem Umfang statt. Findet sie statt, stößt man bei Eltern oft auf Aggressivität und Unverständnis. Die Schule soll die Probleme lösen, die Eltern selber nicht lösen können. Auf uns trifft zunehmend das berühmte (Sinn-)Bild des Hamsters im Laufrad zu.

Wir wollen außerdem erwähnen, dass der Schulalltag durch die genannten Ursachen immer schwieriger wird. Schüler verstehen Anweisungen und Regeln nicht, können sie daher auch nicht befolgen. Somit können für alle Beteiligten gefährliche Situationen entstehen. Lehrkräfte bzw. deren Anweisungen werden ignoriert, die Gewaltbereitschaft wächst, weil unsere Form der Kommunikation, nämlich die deutsche Sprache, nicht zur Verfügung steht. Es wachsen in den Klassen die Aggressivität, die Respektlosigkeit und die Ignoranz. Darunter leiden die Schülerinnen und Schüler, die nicht verhaltensauffällig und lernbereit sind. Schule muss für diese Kinder so zur Belastung werden. Aber gerade diese Kinder sind es, die Förderung verdienen, die wir ihnen nicht in dem wünschenswerten Ausmaß geben können.

Wir können, wie gesagt, die sozialen Ursachen für die dargestellten Probleme nicht beheben. Es ist für ein Kind sicher bedrückend, mit acht weiteren Menschen in einer 2-Raum-Wohnung leben zu müssen, wie uns aus Einzelfällen bekannt ist. Schularbeiten kann es dort - falls überhaupt - sicherlich nicht konzentriert machen.

Wie kann die Situation, wenn die oft schwierigen Umstände nicht änderbar sind, für die Lehrerinnen und Lehrer und die Schülerinnen und Schüler erträglich gemacht werden?

Sicherlich nicht mit der Äußerung im Oktober 2011 des zuständigen Schulamtes: „Wir müssen mal schauen“. Diese von einem berühmten Fußballspieler in den Sprachgebrauch eingeführte Floskel ist wohl der Problemlage nicht angemessen, einer leitenden Mitarbeiterin in der Bildungsverwaltung unwürdig und an Unverbindlichkeit kaum zu überbieten. Diese Formulierung ist vielleicht für ein bevorstehendes Fußballspiel oder die Personalpolitik eines Fußballvereines gerade noch zulässig, aber doch nicht für existenzielle Probleme an einer Schule. Die Unverbindlichkeit der Äußerung wird dadurch bewiesen, dass seit Oktober 2011 N I C H T S geschehen ist, mit Ausnahme der Zuweisung weiterer Schülerinnen und Schüler ohne Deutschkenntnisse.

Erträglicher werden kann die Situation nach unserer festen Überzeugung nur, wenn folgende Maßnahmen unverzüglich, das heißt ohne schuldhaftes Zögern, ergriffen werden:

1. Einrichtung von besonderen Lerngruppen (DaZ-Klassen) für alle Kinder ohne Deutschkenntnisse. Erst wenigstens rudimentäre Kenntnisse in unserer Sprache ermöglichen eine schrittweise Integration in den Schulalltag.
2. Zuweisung von qualifizierten Lehrkräften für die Unterrichtung und Betreuung dieser Kinder.
3. Erhöhung der Lehrerausstattung. Nur so lässt sich eine gleichmäßigere Verteilung der Belastungen und die wünschenswerte - nein, notwendige - Intensivierung der pädagogischen Betreuung erreichen.

Die uns verlorengegangene relative Ruhe im Schulalltag lässt sich nur wieder herstellen, wenn die Sprachbarrieren so weit abgebaut werden können, dass die Einbeziehung aller Kinder in einen qualifizierten Unterricht, die Klassengemeinschaft und die Schulgemeinschaft insgesamt ermöglicht wird.

„Da müssen wir mal schauen“ hilft uns nicht weiter! „Da müssen wir etwas tun, und wir wollen etwas tun!“ - das wäre die Antwort, die wir uns gewünscht hätten und weiter wünschen.

Es gehört nicht viel Phantasie dazu, sich Berlin in 20 Jahren vorzustellen, wenn die Weichen in der Bildungspolitik weiter falsch gestellt werden. Handeln - nicht reden, darauf kommt es heute an, und dazu fordern wir - alle Lehrerinnen und Lehrer des Kollegiums - die politisch Verantwortlichen eindringlich auf.

Mit freundlichen Grüßen

Das Kollegium der Hermann-Schulz-Grundschule